

Schweiz: Grosser Clinch in der CVP wegen Ehe für alle

Die Ehe für alle bringt die CVP schon wieder in einen Clinch. Die Mittepartei befürwortet die Trauung von gleichgeschlechtlichen Paaren – doch fast die Hälfte ihrer Parlamentarier sieht das kritisch.



Die Ehe für alle findet in der Bevölkerung von links bis rechts Unterstützung. Eine Umfrage von GfS-Zürich zeigt: Rund 80 Prozent sagen Ja oder eher Ja. Das sind deutlich mehr als noch vor einigen Jahren. Selbst in konservativen Parteien wie der SVP und der CVP sind bis zu 70 Prozent der Wähler dafür, dass die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wird.

Doch bei dieser Vorlage zeigt sich, dass die Parteien und Parlamentarier nicht immer das machen, was die Mehrheit ihrer Wähler will. So hat die SVP bereits angekündigt, dass sie die Ehe für alle ablehnen wird. Die CVP ist zwar seit kurzem offiziell dafür, doch viele ihrer Parlamentarier tun sich schwer mit der neuen Position. In keiner anderen Fraktion sind so viele Abweichler zu erwarten wie bei der Mitte – und das liegt nicht etwa an EVP und BDP, sondern an der CVP.

Vor den Wahlen haben auf Smartvote 20 CVP-Parlamentarier angegeben, dass sie Ja oder eher Ja sagen zur Ehe für alle, während 15 klar oder eher dagegen waren. Einige wenige haben an der Umfrage nicht teilgenommen. Nationalrat Martin Candinas gehört zu denen, die weiterhin die ursprüngliche CVP-Meinung vertreten: Die Ehe soll Mann und Frau vorbehalten sein. Er sagt, für ihn sei zentral, dass gerade Parlamentarier, welche die konservativen Stammlande vertreten, weiterhin zu ihrem Nein stehen könnten. Das sei jedoch kein Problem: «Die Fraktion ist da nicht dogmatisch.» Er selbst werde Nein stimmen, sich aber weder im Plenum noch sonst gross dazu äussern. Das Thema habe für ihn keine Priorität. Ähnlich argumentiert der Tessiner Nationalrat Marco Romano, der seit kurzem Fraktionsvizepräsident ist und die Öffnung der Ehe ebenfalls ablehnt.

Eine «Salamitaktik»

Doch nicht alle scheinen den schnellen Wertewandel in ihrer Partei so locker zu nehmen. So liess Bauernverbandspräsident Markus Ritter, der die Ehe für alle ebenfalls kritisch sieht, während der Frühlingssession ausrichten, er habe zum Thema nichts zu sagen. Kritische Worte findet derweil der Luzerner Nationalrat Leo Müller, der bis vor kurzem Vizepräsident der CVP-Fraktion im Parlament war. Derzeit sieht der Plan, den die CVP bevorzugt, vor, dass das Parlament zuerst über die Ehe für alle entscheidet und erst später Fragen zur Fortpflanzungsmedizin klärt. Das findet Müller falsch. Er sagt, die Trennung der Themen sei nicht ehrlich: «Es ist eine Salamitaktik, jetzt zu sagen, man wolle die Vorlage nicht überladen, damit sie mehrheitsfähig ist.» Wer Ja zur Ehe für alle sage, sage eigentlich auch bereits Ja zur Samenspende. «Die Befürworter haben die nächste Vorlage ohnehin bereits im Köcher, für den Fall, dass es diesmal mit der Samenspende nicht klappt.»

Mehreren CVP-Parlamentariern passt es zudem gar nicht, dass für die Ehe für alle die Initiative gegen die Heiratsstrafe zurückgezogen worden ist. Denn damit ist für die CVP ihr einstiges Lieblingsthema endgültig zum Spiessrutenlauf verkommen. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass der Bund im Vorfeld der Abstimmung über die Abschaffung der Heiratsstrafe falsche Zahlen kommuniziert hat, forderte die CVP gerichtlich eine Wiederholung des Urnengangs. Und bekam recht. Anfang 2020 machte sie jedoch einen Rückzieher: Der Initiativtext, in dem ein klassischer Ehebegriff verwendet wird, wurde den Christlichdemokraten zu heikel. Sie brachen die Übung ab und kündigten an, bald eine neue Initiative zu lancieren. Vielen stösst sauer auf, dass die Ehe für alle mit einer Gesetzes- statt einer Verfassungsänderung eingeführt werden soll. Müller begründet das so: «Das Thema ist so

zentral, dass man es nicht am Volk vorbeischmuggeln sollte.» Die Logik dahinter ist klar: Bei einer Verfassungsänderung wäre neben dem Volks- auch ein Ständemehr nötig gewesen. Und in vielen kleinen, konservativen Kantonen sind die Leute weiterhin kritisch eingestellt. Darüber hinaus wäre damit eine Abstimmung garantiert gewesen. Nun ist offen, ob es überhaupt ein Referendum gibt. Selbst die SVP, die sich als einzige Partei weiterhin gegen die Ehe für alle stemmt, dürfte kaum Lust haben, gegen eine so populäre Vorlage Unterschriften zu sammeln. Zumal es auch in der Volkspartei Befürworter der Ehe für alle gibt.

Paket-Lösung problematisch

Die Ehe für alle trennt das Parlament in drei Lager: die Gegner, die Befürworter und diejenigen, die aufs Ganze gehen wollen. Aufs Ganze gehen heisst, die Samenspende für lesbische Ehepaare zu erlauben. Das wollen SP, Grüne, Grünliberale und die FDP. Bei den Freisinnigen ist zwar mit einigen Abweichlern zu rechnen, aber es zeichnet sich ab, dass es im Nationalrat für eine Mehrheit reicht.

Die Befürworter kämen bei geschlossenen Reihen auf 114 von 200 Stimmen. Das hiesse, dass die Samenspende Teil des Gesamtpakets Ehe für alle würde. Und damit gerät die CVP wieder in die Bredouille. Was macht sie, wenn die Allianz aus Grünen, SP, GLP und FDP die Samenspende in die Gesamtvorlage einbaut? Fast alle ihre Parlamentarier lehnen die Samenspende ab. Darum droht die Mittefraktion damit, eine Paket-Lösung abzulehnen.

Nachdem sie sogar ihre eigene Initiative für die Ehe für alle geopfert hat, würde ein Nein jedoch reichlich schräg in der Landschaft stehen – und wohl viele städtische und junge Wähler enttäuschen, auf welche die CVP neu bauen will. Umgekehrt hätte die Partei bei einem Ja ein Erklärungsproblem in ihren Stammländern. Denn laut der GfS-Umfrage sehen 54 Prozent der CVP-Wähler die Samenspende kritisch, nur 45 Prozent sind dafür. Die Vorlage dürfte nach einer Verschiebung aufgrund der Corona-Krise in der Sommersession behandelt werden. Der CVP bleibt dabei nur eines übrig: zu hoffen, dass es bei den Freisinnigen doch mehr Abweichler gibt als bis anhin angenommen.

NZZ / 2.4.2020